

der Indignados werden gleichwohl erst dann vollends verständlich, wenn sie durch die Feinanalyse der Debatten und Praktiken auf den Plätzen rekonstruiert werden. Diese Diskursanalyse von unten tätigt der dritte Schritt. Hier zeige ich auf der Basis von Protokollen und anderem Textmaterial des Empörtencamps auf der Plaça Catalunya, wie die gesellschaftsübergreifende Semantik der Empörung zusammenhängt mit der konkreten Praxis im Barcelona-Camp. Was dort ein wildes Gewirr von Stimmen und Dokumenten scheint (und teils auch ist), wird sich als der eigentliche Angelpunkt einer äußerst disruptiven Artikulationspraxis herausstellen (Kap. III.3). Viertens führe ich die politische Diskursanalyse des Empörungsdiskurses und seine praxeologische Diskursanalyse von unten zu einer Gesamtschau zusammen, welche die Geburt der Gegenhegemonie der Empörung verständlich macht (Kap. III.4).

1 Acampadas – Protestchronologie mit Fokus auf Barcelona, Mai/Juni 2011

Am 15. Mai 2011, einem Sonntag, finden in ganz Spanien Demonstrationen statt. Die Protestmärsche unter dem Motto »Echte Demokratie Jetzt! Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern!« erfahren beachtlichen Zulauf: In Madrid kommen 50.000, in Barcelona 20.000, in Valencia 10.000 Menschen zusammen. Doch die eigentliche Besonderheit der Mobilisierungen besteht darin, dass sie von Gruppen organisiert werden, die bisher so gut wie unbekannt sind. Parteien, Gewerkschaften oder etablierte soziale Bewegungen beteiligen sich an ihnen nicht. Auch die Massenmedien haben den Aufruf zum Protestmarsch weitgehend ignoriert. Die Plattform *Democracia Real Ya* (Echte Demokratie Jetzt, DRY) ist am 15. Mai 2011 die Treibkraft, zudem beteiligen sich Kollektive wie *Juventud sin Futuro* (Jugend ohne Zukunft), *V de Vivienda*¹ oder die *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (Plattform der Hypothekbetroffenen, PAH). Javier Toret, einer der Initiatoren von DRY, erinnert sich:

Die Kampagne war anonym. Die Gruppe hinter »Echte Demokratie Jetzt« war eigentlich bedeutungslos. Sie bestand aus einem Konglomerat von Blogs, verschiedenen Gruppen, Leute die aus anderen Kollektiven wie »Gegen das Gesetz Sinde« oder »Wähle Sie nicht« kamen. »Echte Demokratie jetzt« war bloß eine Marke, hinter der es niemanden gab. (Toret zit. in Castells 2012: 116)

Angesichts der unkonventionellen und vornehmlich internetbasierten Organisation werden zwar die Proteste am 15. Mai 2011 ein Erfolg. Doch an jenem Tag hätte kaum eine Teilnehmerin gedacht, dass dieses Datum in das kollektive Gedächtnis eingehen und zum Startpunkt eines neuen Protestzyklus aufsteigen würde, der Spanien tief verändern würde. Tatsächlich haben in Barcelona die Proteste des Vortages am 14. Mai 2011 eine a

¹ *V de Vivienda* (V wie Wohnen [Vivienda]) ist ein Wortspiel, das auf den Spielfilm *V for Vendetta* (2005) verweist. Die Plattform knüpft in dem Maße assoziativ an den Film an, als auch dort ein als basal gedeutetes Recht (im Film: die Freiheitsrechte *in toto*, bei *V de Vivienda*: das Recht auf Wohnen) durch Aktionen eingefordert wird, die aktiv zivilen Ungehorsam ausüben und die Konfrontation mit der Staatsgewalt nicht scheuen.

priori größere Resonanz entfaltet. Linke Parteien und Mehrheitsgewerkschaften organisieren einen Protestmarsch unter dem Motto »Genug Kürzungen! Wir verteidigen die öffentlichen Leistungen«. Dieser Marsch ist sehr erfolgreich (etwa 40.000 Demonstranten). Dass indes der klassische und der unkonventionelle Protest an verschiedenen Tagen stattfinden und derart verschiedene Träger aufweisen, legt offen, dass im Frühjahr 2011 etwas Neues entsteht, das in vielfältiger Weise mit der tradierten Ordnung bricht. Am 15. Mai richtet sich die Kritik gegen die etablierten Volksparteien, sie richtet sich aber zugleich gegen die bestehende politische Linke und ihre zusehende »Bürokratisierung und Professionalisierung« (Camps Calvet/Di Nella 2020: 153). Dem Protest geht es von Anfang an nicht nur um austeritätskritische Forderungen und um Regierungskritik, sondern auch um *neue Organisationsformen*, die sich von den Koordinaten des postfranquistischen Spaniens abgrenzen und neue Vergesellschaftungspraktiken zu instituieren suchen.

Neue Praktiken werden bei den Protesten schon früh gestiftet. Am Abend des 15. Mai, als die Demonstration in Madrid eigentlich schon zu Ende gegangen ist, entscheiden sich in Madrid spontan einige dutzende Demonstrantinnen dafür, den Protest anders als üblich nicht aufzulösen, sondern die Nacht auf dem zentralen Platz Puerta del Sol zu verbringen, um dort weiter zu debattieren: über die Krise, über soziale Ungerechtigkeit, darüber, was denn Demokratie bedeute. Auf dem Platz wird eine Versammlung abgehalten, deren zentrale Idee lautet: »[N]icht die Energie auflösen, die sich gebildet hat. ›Wie in Tahrir, wie in Tahrir‹, heißt es.« (Rodríguez 2016: 20) Dies erinnert an den Tahrir-Platz im ägyptischen Kairo, wo die Proteste gegen das Mubarak-Regime zu einer massiven Revolte aufgewachsen waren. Die Idee eines auf Dauer gestellten Zeltlagers wird rasch populär, wie auch der erste Tweet des Benutzerkontos *acampadasol* am Abend des 15. Mai 2011 unterstreicht: »Wir haben angefangen, auf der Puerta del Sol in Madrid zu campen. Wir gehen nicht, bevor wir eine Einigung erreicht haben.« Das Campieren auf den Plätzen wird zum Markenzeichen der Empörten. Ein Teilnehmer der ersten Stunde, der Aktivist und linke Politiker David Fernández (Interview, 26.10.2016), betont: »Die Platzbesetzungen hatten etwas symbolisches, sie standen für die Wiederaneignung der zentralen Räume seitens jener, die an den Rand gedrängt worden waren.«

Anders als die Demonstration des 15. Mai geht die Übernachtung auf der Puerta del Sol auf eine spontane Entscheidung zurück, die keine Organisation geplant hatte. In der Nacht vom 15. zum 16. Mai entsteht eine *disruptive Artikulationspraxis*. Die wenigen Protestierenden, welche die Nacht auf der Puerta del Sol verbringen, werden zwar am nächsten Morgen von der Polizei geräumt, es kommt zu Verhaftungen. Dieses Vorgehen provoziert jedoch eine weit stärkere Gegenreaktion. In der Nacht vom 16. Mai ahmen an der Plaça Catalunya, Barcelonas Hauptplatz, circa 150 Menschen die Madrider Besetzung nach. Mehr noch, sie entscheiden sich dafür, den Platz bis auf weiteres besetzt zu halten und dort allabendlich eine Versammlung abzuhalten. Noch beeindruckender fällt die Wiederbesetzung der Puerta del Sol aus. Am 16. Mai übernachten mehrere hundert Menschen auf dem Platz. Der Protest gegen die erneute Räumung seitens der Polizei provoziert am 17. Mai eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmerinnen – wovon circa 4.000 auf der Puerta del Sol campieren. Am 17. Mai werden in weiteren 30 spanischen Städten *Acampadas* (Protestcamps) ausgerufen, überall werden ähnliche Slogans geru-

fen: »Es ist nicht eine Krise, es ist ein Betrug«, »Reale Demokratie Jetzt!«, »Es ist keine Frage von links gegen rechts, sondern von oben gegen unten«.

Die Massenmedien rücken ihren Fokus rasch auf die Proteste. Schlagzeilen wie »Sie haben sich versammelt«, »Tausende von Demonstranten auf den Plätzen« oder »Sie möchten bleiben« zeugen von der Kraft einer rapide sich ausbreitenden Bewegung. Die Tatsache, dass die Protestierenden seitens der Massenmedien als Indignados (Empörte) bezeichnet werden, drückt das Unvermögen aus, die vielfältigen, oft eklektischen Forderungen der Protestierenden auf einen kleineren Nenner zu bringen als die Ablehnung »der geltenden ökonomischen und politischen Ordnung«, so die liberalkonservative Zeitung *La Vanguardia* (19.5.2011). Eine Ablehnung, die von Anbeginn als affektgeladener Ausdruck einer Krisenerfahrung gelesen wird, wie der bekannte Kolumnist Enric Juliana (2011) exemplarisch vermerkt: »Es gibt keine Revolte. Was es gibt, ist ein Ausbruch schlechter Laune. Eine kleine Explosion [*un fagonazo*]. Eine Forderung nach mehr Wahrheit im öffentlichen Diskurs. In gewissem Sinne ist es eine Meuterei.« Die Einschätzung Julianas spiegelt die Wahrnehmung der Proteste in der medialen Öffentlichkeit. Die vorwiegend jungen Leute, die sich auf den Plätzen versammelt haben, werden als Krisenverliererinnen wahrgenommen. In diesem Sinne avanciert die Empörung auf der einen Seite zum *leeren Signifikanten*. Der Empörungssignifikant führt Verschiedenes zusammen: Den Protest gegen eine sozialistische Regierung, die gegen ihre Versprechungen den Sozialstaat zusammenspart; den Unmut über ein ökonomisches System, das viele nicht (mehr) effektiv auf dem Arbeitsmarkt integriert; das Ressentiment gegen ein Parteiensystem, das sich um den Wettbewerb und die Machtwechsel von PSOE und PP dreht und sich dabei gegenüber den Krisenerfahrungen der Bevölkerung nicht responsiv verhält. Auf der anderen Seite jedoch wird die Empörung als eine *Erfahrung* gedeutet, als ein konkretes Erleben von Verarmung und Prekarität sowie von Wut über die herrschenden Verhältnisse. Die Empörung ist ein entleertes Zeichen für vielfältige Forderungen, aber sie gleichzeitig eine Erfahrung, die – mittel- oder unmittelbar – von den Protestierenden auf den Straßen und Plätzen gemacht und geteilt wird.

In der zweiten Maihälfte werden in hunderten Städten Spaniens *Acampadas* (Zeltlager) gegründet, und zwar in allen Größenordnungen, von einigen dutzenden Teilnehmern hin zu tausenden auf den zentralen Schauplätzen, der Puerta del Sol in Madrid und der Plaça Catalunya in Barcelona. Zugleich verleihen sich die Versammlungen eine ausfeilte Methodologie und Selbstorganisation, sie drehen sich förmlich um ihre *Selbstartikulation*. Die Camps funktionieren über zahlreiche Kommissionen und Arbeitsgruppen, in denen sowohl praktische Angelegenheiten (wie Sauberkeit, Essen oder Sicherheit) erledigt als auch theoretische Diskussionen (wie Zeitdiagnosen, ökonomische Alternativen oder die Demokratisierung der Gesellschaft) geführt wurden. Weiterhin geschehen in fast allen Zeltlagern täglich Versammlungen. Letztere wachsen zu den operativen Institutionen der Empörten auf. Hier wird meist stundenlang über den Alltag der Platzbesetzung und ihre Weiterführung debattiert, allgemeine Kritik am Ist-Zustand geübt, über Alternativen nachgedacht, es werden Forderungskataloge debattiert und verabschiedet. Auch die Beiträge von Einzelpersonen finden immer wieder Gehör. Mehr als die Ausarbeitung eines einheitlichen »Empörungsdiskurses« steht auf den Plätzen die Entfaltung einer möglichst basisdemokratischen Artikulationspraxis im Zen-

trum. Sie macht die besetzten Plätze zum Experimentierlabor eines demokratischen Ge- genentwurfes.

Zentriert sich der Blick auf Madrid und Barcelona, so lässt sich die Hochphase der Platzbesetzungen in der zweiten Maihälfte verorten, genauer am Wochenende vom 21. und 22. Mai 2011, das Datum der spanienweit stattfindenden Kommunal- und Regionalwahlen. An diesen Tagen erreicht die Assistenz auf den Plätzen ihr Zenit. Unter dem Motto »Sie repräsentieren uns nicht!« wird das geltende Parteiensystem und das angeblich restriktive Wahlgesetz kritisiert, vor allem aber öffentlich kundgetan, dass die Platzbesetzungsbewegung der institutionellen Politik den Rücken kehrt. »Am Wahltag [22. Mai] sprach auf dem Platz kaum jemand über die Wahlen oder ihr Ergebnis. Auf der Plaça Catalunya diskutierten wir über ganz andere Themen, die uns viel wichtiger schienen«, erinnert sich Teilnehmer Carles (Interview, 11.11.2016). Die Abwendung vom politischen System unterstreicht auch die Aktivistin Judit (Interview, 18.9.2014): »Die Wahlen waren an jenem Wochenende am allerwenigsten Thema. In der Euphorie der Acampadas ging es nicht mehr um das real existierende Politiksystem, sondern um eine vollkommen andere, radikalere Form der Demokratie.«

In der Tat erreichen die Teilnehmerzahlen am Wochenende des 21. und 22. Mai ihren Höhepunkt (siehe Abb. 7: die Plaça Catalunya am 21. Mai). Zwar sind an dem Wochenende Protestmärsche und Kundgebungen verboten – mit der Begründung, sie würden auf die Meinungsbildung der Bürger einwirken und so den Urnenausgang verzerrn. Doch angesichts der massenhaften *Acampadas* bleiben die Verordnungen wirkungslos. Auf der Plaça Catalunya reichen am 22. Mai die Aktivitäten der Versammlung von der Verabschiedung eines Katalogs »politischer Mindestforderungen« über die Planung von Aktionen und Demonstrationen, Debatten zu internen Prozedere, Vorträgen bekannter Persönlichkeiten bis hin zur Einweihung eines ökologischen Gartens. Die Versammlung an der Puerta del Sol ist ähnlich breit aufgestellt. In Madrid finden am 22. Mai sogar zwei Plenarsitzungen statt, um 12 und um 18 Uhr, beide mit je einigen tausend Teilnehmern. Auch hier werden interne Organisationsfragen debattiert sowie ein politischer Forderungskatalog verabschiedet. Obwohl also weder die Wahlen noch deren ernüchternder Ausgang explizit zum Thema gemacht werden,² zeitigen sie offensichtlich eine indirekte Wirkung. Nämlich in der Initiative der Versammlungen, in jenen Tagen Forderungskataloge auszuarbeiten. Die zuvor heterogenen Praktiken auf dem Platz werden zusehends in eine unzweifelhaft als politisch lesbare Artikulationspraxis kanalisiert.

² Auf kommunaler Ebene behauptet sich, auf ganz Spanien hochgerechnet, die konservative Partei PP mit 37,5 Prozent als stärkste Kraft. Die sozialdemokratische PSOE erlangt 27,8 Prozent. In Barcelona setzt sich die konservativ-katalanistische CiU mit 28,7 Prozent durch und stellt mit Xavier Trias den neuen Bürgermeister, in Madrid verteidigt der konservative Alberto Ruiz-Gallardón (PP) seinen Posten.

Abb. 7: Die Hauptversammlung des Barcelona-Camps am 21. Mai 2011



Quelle: <https://www.flickr.com/photos/acampadabcnfoto/5758289462/in/photostream/> (CC BY-NC-ND 2.0)

In der Folgewoche, vom 23. bis zum 27. Mai 2011, verzeichnen die Protestcamps weiterhin hohe Teilnehmerzahlen. Kommissionen und Arbeitsgruppen vervielfältigen sich und werden von zuweilen prominent besetzten Vorträgen und Debatten flankiert. Zudem werden in Barcelona und Madrid erstmals Versammlungen auf Quartiersebene gegründet. Damit beginnt der sogenannte »Marsch in die Viertel«, der sich ab Mitte Juni beschleunigt – und zum Signum der dezentralen Organisation der Indignados wird. An jenen Tagen, etwa eine Woche nach Beginn der Platzbesetzungen und nachdem sich deren erstes Momentum gelegt hat, beginnen denn auch die Diskussionen über einen »sparsameren« Einsatz der Kräfte, um der Bewegung eine langfristige Perspektive zu geben (Interview Carles, 11.11.2016).

Dennoch bleibt die Atmosphäre auf den Plätzen wochenlang von kollektiver Euphorie geprägt. Viele sind von den Protesten regelrecht eingenommen. »Vor der Arbeit war ich auf dem Platz, nach der Arbeit kehrte ich dort zurück, und während der Arbeit liefen auf meinem Bildschirm ununterbrochen Twitter-Nachrichten und Facebook-Posts des 15-M«, erinnert sich Judit zurück (Interview, 18.9.2014). Neue Protestpraktiken verdichten sich auf den Plätzen. Die symbolische Infragestellung der Ordnung und die Einrichtung einer neuen Ordnung wird auf dem Platz als eine sinnliche und kollektive Artikulation *erfahren*. Zwar werden in den Hauptversammlungen der Protestcamps genauso wie in deren jeweiligen Arbeitsgruppen politische Forderungen erhoben. So seitens der Kommission für Kultur des Barcelona-Camps: »Wir fordern eine freie Kultur, die auf Prozesse und nicht auf Produkte aufbaut und die sich für öffentliche kulturelle Plätze und gegen Kommerzialisierung einsetzt« (Comissió Cultura, Plaça Catalunya, 22.5.2011). Doch ebenso wichtig wie solch politische Forderungen ist es, in der Kommission das Paradigma einer freien Kultur vorzuleben. Letztere soll nicht nur gefordert, sie soll auch in der Organisationsform verwirklicht werden. Die Kultur-Kommission hält dies in derselben Sitzung hoch:

Es wird beschlossen, ein Wiki aufzumachen, in dem die Dokumente der Versammlungen, Recherchematerial, Dokumente für die Debatte (bestehende Regelungen, Manifeste anderer Kollektive, die für die Kultur kämpfen usw.) hochgeladen werden, um die interne Arbeit der Kommission zu ermöglichen und zu vereinfachen. (Ebd.)

Die aktivistische Praxis auf den Plätzen orientiert sich insofern an dem, was sich als eine konkrete Praxis der Vergemeinschaftung oder eben als *Commoning* bezeichnen lässt. In einem Prozess der Selbstorganisation sollen Güter, in diesem Fall Kulturgüter, gemeinsam geschaffen werden, um die (kulturellen) Bedürfnisse zu bedienen. Das Wiki, das die Kultur-Kommission erstellen möchte, ist für jeden offen und veränderbar. Gegenüber der kapitalistischen Verwertungslogik wird die Produktion von Gütern zur kollektiven und bedürfniszentrierten Praxis gemacht (vgl. Euler/Gauditz 2020: 129f.). So wirken die Praktiken der Empörten auf dem Platz, wie die Diskursanalyse von unten zeigen wird, *präfigurierend*, sie zeichnen in der Versammlung jenen Horizont einer entprivatisierten Güterproduktion und -aneignung vor, wie sie für die gesamte spanische Gesellschaft angestrebt wird. Auf den Plätzen wird Demokratie nicht nur gefordert, sie wird dort auch als eine Praxis vorgelebt, die zu einer kollektiven Selbstregierung in einem umfassenden, symbolischen wie materiellen Sinn führen soll.

Am 27. Mai 2011 kommt es zum Wendepunkt. In einer koordinierten Aktion unternehmen circa 1.000 Bereitschaftspolizisten einen großangelegten Räumungsversuch der Plaça Catalunya. Kataloniens Regionalregierung gibt als Grund dafür die mangelnde Hygienesituation auf dem Platz an. Die Polizeikräfte setzen rüde Mittel ein, um die Demonstrantinnen zu zerstreuen: Es kommt zum Einsatz von Gummikugeln, teils wird auf Gesichtshöhe geschossen, es wird geprügelt. Zunächst wird Barcelonas Hauptplatz tatsächlich geräumt. Am späten Nachmittag versammelt sich jedoch eine große Masse von Demonstrantinnen. Ihr gelingt es, die Polizei in die Defensive zu bringen. Abends zieht sich diese vollends vom Platz zurück. David Fernàndez (Interview, 26.10.2016) erinnert sich an die, wie er sie nennt, »Rückeroberung« als Ermächtigungsmoment: »Für mich war es das erste, und bisher einzige Mal, dass ich die Polizei besiegt habe.« Anderen Teilnehmenden bleibt der 27. Mai 2011 weniger positiv in Erinnerung. Carles (Interview, 11.11.2016) meint, danach habe sich die Dynamik des Protestcamps deutlich verschlechtert: »Wo zuvor eine fast naive Empörung und Protestfreude bestand, kam nun Groll und Angst.« Ob positiv oder negativ besetzt, nach dem Einsatz verändern sich die Praktiken auf der *Acampada*. Polizeigewalt und staatliche Repression nehmen nun in den Debatten der Indignados eine Zentralstellung ein. Es breitet sich ein kollektives Bewusstsein dafür aus, dass die angestrebten Veränderungen auf harte Gegenwehr stoßen können. Gegenüber ihrer Infragestellung kann, so wird deutlich, die herrschende Ordnung reagieren, und zwar sowohl mit symbolischer Delegitimierung als auch mit gewaltsamer Zurückdrängung.

In der nächsten Woche, vom 28. Mai bis 4. Juni 2011, gehen die Teilnehmerzahlen an den Protestcamps deutlich zurück. Zusehends wird darüber diskutiert, wie es nach den Platzbesetzungen weitergehen kann, was geeignete Organisierungsformen sein können, oder wie strategische Fragen anzugehen seien (etwa das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens). Angesichts zurückgehender Beteiligung entscheidet sich die Hauptversammlung am 5. Juni 2011 dazu, das Camp an der Plaça Catalunya zu verlassen

und dort nur noch tagsüber Aktivitäten abzuhalten. Die Räumung wird als Schritt hin zu einer dezentralen Organisation proklamiert, um die Bewegung in den Quartieren fortleben zu lassen (vgl. Montañés 2020: 68). Parallel dazu findet am selben Tag, dem 5. Juni, ein wichtiges Treffen statt. Camps aus ganz Spanien sind im *Encuentro Interacampadas* (zu Deutsch: Treffen zwischen Camps) zusammengekommen, um den aktuellen Zustand, die Entwicklung und die Zukunftsaussichten des Protests zu besprechen. Zum ersten Mal bezeichnen sich die unterschiedlichen Camps Spaniens als Teilglieder einer Bewegung, die trotz ihrer Heterogenität ihre Aktivitäten koordiniert und sich um eine inhaltlich kohärente Diskursproduktion bemüht. Mit dem Treffen ist faktisch die Bewegung der Empörten entstanden – paradoxe Weise gerade dann, als sich der erste Empörungsimpetus legt.

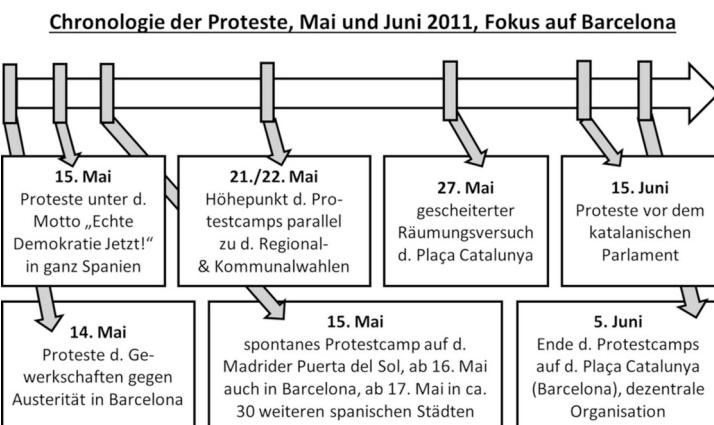
Das erste Exempel für die Fortsetzung der Empörungsproteste nach der Räumung der besetzten Plätze ist die Demonstration »Mobilisierung am Parlament! Verhindern wir die Kürzungen«. Sie findet am 15. Juni 2011 vor dem katalanischen Parlament statt, um gegen die Kürzungen sozialstaatlicher Ausgaben zu protestieren, die die konservative Regionalregierung beschlossen hat. Die Aktion avanciert erneut zur gewaltsamen Konfrontation der circa 4.000 Protestierenden mit der Polizei. Wegen des Einsatzes von Tränengas und Gummikugeln werden 49 Demonstranten verletzt, andere kommen wochenlang in Gewahrsam. Den Protestierenden gelingt es ihrerseits, den Gang der Abgeordneten ins Parlament zu erschweren – und sie mit Vorwürfen und Buhrufen zu konfrontieren. Der konservative Ministerpräsident Artur Mas wird sogar mit dem Hubschrauber in das Parlamentsareal geflogen. Als *Setge del Parlament* (Belagerung des Parlaments) wird das Protestereignis bekannt. Die öffentliche Resonanz gegenüber dem Protest fällt größtenteils sehr negativ aus. »Eine rote Linie wurde heute überschritten«, urteilt paradigmatisch das konservative Blatt *El Mundo* (16.6.2011). Vom linken bis zum rechten Parteienspektrum ist man sich einig, dass der Protest einer Delegitimierung der repräsentativen Demokratie *in toto* gleichkomme – und als solche restlos zu verurteilen sei.

Doch die Deutungsrahmen verschieben sich erneut, als wenige Tage später, am 19. Juni 2011, spanienweit Demonstrationen stattfinden, die sich mit dem Protest vor dem Parlament solidarisieren. Unter dem Motto »Die Straße gehört uns. Alle auf die Straße« gehen Tausende auf die Straße. Besonders massiv fällt die Beteiligung in Barcelona aus, wo sich zwischen 100.000 und 200.000 Menschen an der Demonstration beteiligen, gegen das harte Vorgehen der Polizei protestieren und eine Demokratisierung des Landes einfordern. Aufmacher wie *Todos juntos* (Alle zusammen) von *El Periódico de Catalunya* (20.6.2011) halten den friedlichen Charakter der Proteste fest und eignen sich sogar ihre Anliegen an.

Folglich offenbaren die ersten beiden Monate der Empörung vielfältige Reaktionen: einerseits die Empathie bis hin zur Solidarisierung mit einem neuartigen Protest, der sich schwer einordnen lässt, in vieler Hinsicht querschnittartig ist. Andererseits die scharfe Verurteilung dort, wo die Mobilisierungen gewaltsam werden. Dann werden die Indignados als Feinde der Demokratiefeinde dezertifiziert. Die Frage, was die Empörung im Land bewirken könnte, steht im Sommer 2011 noch gänzlich offen. In jedem Falle aber haben sich die Platzbesetzungen in Spanien bereits als ein grundlegend politisierendes Ereignis erwiesen. Fernández (2011: 66) resümiert: »Gegenhegemonie: Man

redet wieder über soziale Rechte, über die Abwehr der ökonomischen Plünderung und über die Neuerfindung der Demokratie. Soziale Bande und Gemeinschaftssinn werden zurückerobert. Autonomie, Selbstorganisation, Deliberation. Zwei Diskurse, die sich gegenüberstehen, zwei antagonistische, miteinander unversöhnliche Wege.«

Abb. 8: Chronologie der Proteste, Mai und Juni 2011, Fokus auf Barcelona



2 Analyse des Empörungsausbruches

Von Anfang an zeichnen sich die Empörtenproteste durch ihre Offenheit und Unbestimmtheit aus. In Mottos wie »Sie repräsentieren uns nicht«, »Es ist keine Krise, es ist das System«, »Echte Demokratie Jetzt!« oder »Die Frage ist nicht links gegen rechts, sondern unten gegen oben« finden sich viele Menschen wieder. Nach Umfragen sympathisiert im Juni 2011, einige Wochen nach dem Zustandekommen der Platzbesetzungen, 70 Prozent der Bevölkerung mit den Indignados und ihren Forderungen.³ Mit den Protestierenden identifizieren sich Links- wie Rechtsgesinnte, politisierte wie entpolitisierte Milieus, jüngere wie ältere Generationen. Um diese Anziehungskraft zu erklären, entscheidet sich die folgende Analyse dafür, weniger die sozioökonomischen Hintergründe Spaniens oder den internationalen Kontext zu fokussieren, sondern den *Diskurs* der Empörung ins Zentrum zu rücken. Ich werde die Leitintuition bekräftigen, dass im unbestimmten, offenen und entideologisierten Empörungsdiskurs einer der Schlüssel seines Erfolges liegt. Die Kernbotschaft der Proteste ist die Ablehnung der gesamten Ordnung – eine Ablehnung, die übrigens in überhaupt nicht radikaler Manier viele (junge) Durchschnittsbürgerinnen vortragen. Zunächst rekonstruiere ich die

3 Nach einer repräsentativen Umfrage des öffentlichen Meinungsforschungsinstituts CIS sympathisieren im Juni 2011 rund 70 Prozent der Befragten mit den Zielen der Empörten. Metroscopia, ein anderes renommiertes Meinungsforschungsinstitut, ermittelt im Rahmen einer zeitgleich durchgeföhrten Erhebung sogar einen Zustimmungswert von 80 Prozent der Befragten.